



Liebe Mitglieder und Förderer!

Hiermit möchte ich Sie über meine Arbeit im Berliner Abgeordnetenhaus im Januar 2026 informieren.

Ganz großes Tennis

Als die linksterroristische Vulkan-Gruppe die Stromversorgung für vier Tage lahm legte, blieb der Regierende Bürgermeister Kai Wegner nicht lange tatenlos.

Er spielte Tennis und verbreitete das Märchen, er habe pausenlos Telefonate im Home-Office vorgenommen, um Hilfe für den Sabotageakt zu aktivieren.

Unser Märchenonkel schafft es auch nicht, den Winterdienst dazu zu bringen, die eisglatten Gehwege mit Salz zu sichern.

Auf X wimmerte Wegner das Abgeordnetenhaus öffentlich an, das in Berlin verbotene Tausalz doch bitte freizugeben. War der Weg zur Tennishalle vereist?

Bayern reagierte sofort. Der Stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger feixte zurück, ob er Bauern mit Salzstreuern schicken solle.

Sein Rat: "Abtreten zum Tennisspielen und nicht mehr zurückkommen!"

Der frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Kubicki klärt auf: "Ein Regierungschef, der über X um Mehrheiten für Selbstverständlichkeiten bittelt, ist politisch am Ende."

Für den gebeutelten Wegner kommt es aber noch dicker. Er muss schon wieder reagieren, denn die geistesabwesende Initiative **Berlin autofrei** sammelt Unterschriften.



Worum geht's? Es sind 170.000 Unterschriften von wahlberechtigten Berlinern erforderlich, damit ein Volksentscheid herbeigeführt werden kann: Das Ziel ist ein **Autoverbot** für privaten Verkehr im Berliner S-Bahn-Ring.

Bei diesem radikal-grünen Großexperiment geht es nicht um ein paar verkehrsberuhigte Straßen, sondern um rund 88 Quadratkilometer Stadtgebiet.

Dort leben über eine Million Menschen, mit tausenden Betrieben, Krankenhäusern, Schulen, Handwerksfirmen und Lieferverkehr. Alle sollen mit Bussen, Bahnen, Fahrrädern oder zu Fuß vorankommen.

Nur nicht mit dem privaten Auto. Das soll für nur 12 Tage pro Jahr reserviert sein – so die radikalen Autogegner.

Der Gassenhauer nach der Operette *Fatinitza* (1876) ist zeitlos: *Du bist verrückt mein Kind, du musst nach Berlin. Wo die Verrückten sind, da gehörst du hin.*

Mit Grüßen zur Winterzeit,
Hugh Bronson

Plenum und AUSSCHÜSSE

Plenum
Sitzungen am 15. und 29. Januar

Petitionsausschuss
Sitzungen am 13. und 27. Januar

Ausschuss für Bundes- und
Europaangelegenheiten, Medien
Sitzungen am 14. und 28. Januar

Hauptausschuss
Sitzung am 21. Januar

Plenarrede am 29. Januar



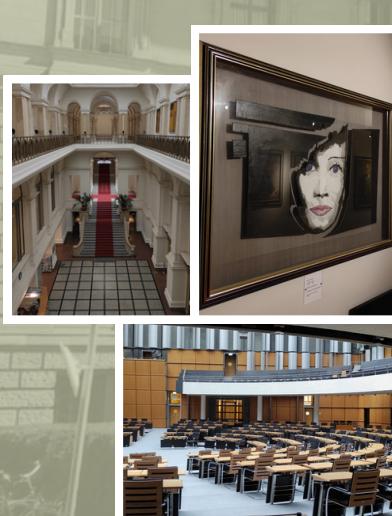
[Zum Video](#)

Führung durch den Preußischen Landtag

Zukünftige TERMINE

2. MÄRZ 16.30 UHR

Im Anschluss:
Gespräch mit Abgeordneten
der AfD – Fraktion



ANMELDUNG UNTER: Hugh.bronson@afd.berlin

Außenparlamentarische VERANSTALTUNGEN

Am 6. Januar – das neue Jahr beginnt mit einem Vortrag zur „Turboeinbürgerung“ beim AfD Bezirksverband Treptow-Köpenick.

Dank an die Sprecher Martin Trefzer MdA und Alexander Bertram MdA für die Einladung und einen gelungenen Abend.



Am 10. Januar – unser traditionell orthodoxes Weihnachtsfest in einem deutsch-russischen Restaurant, mit vielen Gästen und Freunden aus Berlin und Brandenburg.

Wie 2,3 Milliarden Christen weltweit feiern wir gemeinsam die Geburt Christi.

Am 17. Januar – der erste Infostand 2026 mit dem neuen Blauen Boten, vielen Flugblättern und noch mehr blauen Enten.

Am Roseneck kam es zu guten Gesprächen mit Unterstützern, mit AfD-Wählern und mit solchen, die es noch werden wollen.

Die AfD der Hauptstadt ist derzeit bei 17% Wählerzustimmung und bundesweit bei 26%.



Außenparlamentarische VERANSTALTUNGEN



Am 19. Januar – Besuch am Oberstufenzentrum Büro-Wirtschaft in Steglitz-Zehlendorf im Rahmen des Projekts „Perspektivwechsel“.



Am 23. Januar kamen beim Neujahrsmpfang der AfD-Fraktion über 200 Gäste in den Preußischen Landtag und unterhielten sich in geselliger Atmosphäre bis in die späten Abendstunden.

Besonders geehrt wurden die vielen Helfer der AfD, die während des linksterroristischen Anschlags auf die Stromversorgung in Steglitz-Zehlendorf über vier Tage einen Stand mit heißen Getränken, warmem Essen und einer Ladestation für Handys pausenlos besetzt hielten.

Am 24. Januar – als Landeschef der AfD Sachsen eröffnet Jörg Urban in Dresden die Sitzung des Bundesfachauschusses 3 "Finanzen und Steuern".



Schriftliche ANFRAGEN

Bußgelder ohne Wirkung: Berlin kapituliert vor ausländischen Kennzeichen

Keine Auswertung, keine Zahlen, keine Eintreibung. Verkehrsverstöße mit ausländischen Kennzeichen bleiben in Berlin weitgehend folgenlos, weil zentrale EU-Instrumente noch immer „in Umsetzung“ sind. Kontrollverlust mit Ansage.

Zur Anfrage: [S19-24386.pdf](#)

Antworten nach Aktenlage – Wie der Senat parlamentarische Kontrolle verwaltet

Einheitliche Standards, transparente Quellenlisten oder eine klare statistische Methodik fehlen. Parlamentarische Kontrolle wird so zur Blackbox – abhängig davon, was die Verwaltung gerade für „relevant“ hält.

Zur Anfrage: [S19-24459.pdf](#)

Europawahl in Charlottenburg-Wilmersdorf: Tausende Wahlberechtigte – sinkende Eintragungen

Fast 2.000 wahlberechtigte Unionsbürger lebten 2024 in Charlottenburg-Wilmersdorf – doch deutlich weniger standen im Wählerverzeichnis als noch 2019. Der Senat liefert Tabellen, aber keine politische Erklärung für sinkende Beteiligung und wachsende Intransparenz.

Zur Anfrage: [S19-24656.pdf](#)

Asylmigration 2025: Milliardenkosten – aber keine saubere Aufschlüsselung

Berlin gibt hunderte Millionen für Asylunterbringung, Sicherheit und Betreuung aus – allein fast 600 Mio. Euro unter „sonstigen Unterbringungskosten“. Herkunftsänder werden nicht erfasst, Verwaltungskosten nicht zugeordnet, Prognosen bleiben vage.

Zur Anfrage: [S19-24635.pdf](#)

GEAS-Reform: Berlin bereitet sich vor – aber ohne Kontrolle über Sekundärmigration

Die GEAS-Reform zwingt Berlin zu neuen Asyl-Strukturen, Screeningverfahren und einem weiteren Großzentrum in Tegel. Doch das Kernproblem bleibt: Wie viele Sekundärmigranten tatsächlich nach Berlin kommen, weiß niemand – gezählt wird nicht.

Zur Anfrage: [S19-24580.pdf](#)

Mitleidskauf mit System: Wie Berlin den illegalen Hundeimport aus Europa duldet

Der Senat kennt weder das Ausmaß noch die Wege des Hundeimports nach Berlin. Illegale Einfuhren werden nicht statistisch erfasst, Vereine kaum überprüft, Tierheime bleiben das Auffangnetz. Ein weiteres Beispiel strukturellen Vollzugsversagens

Zur Anfrage: [S19-24385.pdf](#)

Asylunterbringung außer Kontrolle: Berlin plant für fast 90.000 Plätze

Der Senat rechnet bis 2029 mit bis zu 88.000 Unterbringungsplätzen für Asyl- und Kriegsmigranten. Notunterkünfte bleiben auf Jahre, Tegel wird zum Dauerzustand, Kosten explodieren Richtung Milliarde Euro. Gesteuert wird nichts – prognostiziert wird einfach weiter.

Zur Anfrage: [S19-24414.pdf](#)